



Erfolgreich zukunftsweisend

Haushalt 2016: Wieder positives Ergebnis in Sicht

Kassel kann 2016 erneut mit einem positiven Haushaltsergebnis rechnen. Das Plus wird auf 13,7 Millionen Euro beziffert. Die Stadtverordneten haben in ihrer letzten Versammlung im laufenden Jahr über den Haushalt beraten und ihn mehrheitlich beschlossen. „Die überaus positive Einnahmeseite ist ungewöhnlich gut und sucht hessenweit ihresgleichen“, erläutert die haushaltspolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion Dorothee Köpp. Es ist aus ihrer Sicht das Resultat der erfolgreich zukunftsweisenden rot-grünen Kooperation im Rathaus.

Soziales und Bildung fördern

Grüne und SPD hatten sich bei der Haushaltsberatung auf „moderate Änderungsanträge in Höhe von knapp 350.000 Euro geeinigt“. Diese zusätzlichen Investitionen sollen insbesondere dem sozialen Bereich und der Bildung zugutekommen. (siehe Kasten). Zum verbesserten Haushaltsplan-Entwurf trägt die erhöhte Pauschale für die Unterbringung und Betreuung von geflüchteten Menschen bei, die das Land den Kommunen zahlt: im kommenden Jahr 940 Euro pro Person und Monat (bisher 652 Euro). „Die hessische Landesregierung nimmt die Kommunen und ihre Bedarfslage ernst, erkennt ihre Verantwortung und handelt auch dementsprechend. Da merkt man eben den grünen Einfluss“, kommentiert Köpp. Auch höhere Gewerbesteuererinnahmen

und eine Einmalausschüttung der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH von 2,2 Millionen Euro spülen zusätzliches Geld in die Stadtkasse.

Mittel als Chance nutzen

Eine Besonderheit im Haushaltsplan 2016 ist das Kommunalinvestitionsprogramm (KIP). Das Land und der Bund stellen Kassel insgesamt 40,9 Millionen Euro für Investitionen in Aussicht. Für die grüne Rathausfraktion sind diese Mittel eine Chance, zusätzlich zu den üblichen Haushaltsmitteln in die Zukunftsfähigkeit Kassels zu investieren. Die Grünen sind davon überzeugt, dass es wichtig ist, nicht nur in den Substanzerhalt öffentlicher Gebäude zu investieren, sondern die Gelegenheit zu nutzen und wichtige neue Impulse zu setzen.



Dorothee Köpp

Die Auswahl der Projekte ist an Vorgaben gebunden, die aktuell noch nicht feststehen. Entscheidungen fallen erst im nächsten Jahr. „Wir freuen uns auf den öffentlichen Diskurs mit den Kasseler Bürgerinnen und Bürgern, die mit ihrer Wahlentscheidung zur Kommunalwahl am 6. März direkt über die besten Ideen entscheiden können“, macht Köpp deutlich.

Grüne Handschrift

Die Eröffnung der Grimmwelt, der Umbau von Altmarkt und Friedrich-Ebert-Straße, die Wiedereröffnung des Freibads Harleshausen und die Sanierung des Freibads Wilhelmshöhe zeigen laut Köpp die grüne Handschrift für eine zukunftsweisende Stadtpolitik.

„Rot-Grün ist ein bewährtes Erfolgsmodell für diese Stadt und wird es nicht nur im Jahr 2016, sondern auch in den Jahren nach der Kommunalwahl bleiben“, betont die grüne haushaltspolitische Sprecherin. Wichtige Investitionen haben die insgesamt hervorragende Entwicklung Kassels befördert. Dazu gehört auch die Schaffung von Wohnraum und von Flächen zur Gewerbeansiedlung. Ebenso sind ein attraktives ÖPNV-Angebot und gut ausgebaute Radwegeverbindungen die Basis für eine moderne zukunftsgerichtete Stadt.

Förderung erhalten unter anderen folgende Projekte:

- zwei zusätzliche IT-Support-Stellen an beruflichen Schulen: 80 000 Euro
- die Modellregion Inklusive Bildung: 15 000 Euro für eine unabhängige Beratungsstelle für Eltern von Kindern mit Behinderung
- Sozialarbeit mit jungen Menschen gegen Gewalt und Drogen: 30 000 Euro für ein Fan-Projekt
- der Verein Kinder- und Jugendbauernhof: 20 000 Euro zur Angebotserweiterung
- Integrationsarbeit für Kinder und Jugendliche: zusätzliche 32 000 Euro für Freestyle-Projekt
- sechs Kasseler Familienzentren: je 9 000 Euro
- das Bürgerbeteiligungsformat Baukultur von unten: 20 000 Euro

Kita-Gebühren gibt's teilweise zurück

„Der Kasseler Weg ist familienfreundlich und angemessen“, kommentiert Dorothee Köpp die Entscheidung zu den Kita-Gebühren. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss, den vom Streik betroffenen Eltern zwei Drittel der Kita-Gebühren sowie Essensentgelte zurückzuzahlen. Für die haushaltspolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion ist die Entscheidung sachlich gerechtfertigt und berücksichtigt aus ihrer Sicht angemessen die Interessenlage: „Immerhin ist die Rückzahlung keine Selbstverständlichkeit: Einige hessische Städte zahlen gar nicht zurück, da Streik als ‚höhere Gewalt‘ angesehen werden kann.“

CDU zeigt wenig Verantwortung

„Dass die CDU eine 100-prozentige Rückzahlung fordert, zeigt auf, dass sie wenig Verantwortung für den Haushalt der Stadt aufweist“, kritisiert Köpp und ist irritiert: So begrüßten die CDU-Vertreter*innen im Fachausschuss die vom Jugendamt vorgestellten Rückzahlungsmodalitäten, in der Presse aber kritisieren CDU-Fraktionsmitglieder*innen den Vorschlag.

